

Dienstag, 17. Januar 2012 12:14 Uhr

URL: <http://www.usinger-anzeiger.de/lokales/usingen/11565040.htm>

Usinger Anzeiger

USINGEN

Nord-Ost-Umgehung nicht vor dem Jahr 2020

14.01.2012 - USINGEN

Planungskritiker Henry Behn weist auf Abläufe hin - Ruppert (FDP) fragt in Berlin nach

(bu). Mehr als ein Jahr nach dem großen Erörterungstermin in der Stadthalle zum geplanten Bau der Nord-Ost-Umgehung hat sich in der Sache vor Ort kaum etwas bewegt. Der Usinger Henry Behn, einer der Kritiker von Baudetails auf der Nord-Ost-Trasse (Initiative: „So nicht“), hat jetzt aktuelle Informationen zusammengetragen. Er fordert eine „äußerst starke politische Arbeit aller Parteien in Usingen“ für das Projekt. Nach seinen Berechnungen ist derzeit von Baukosten von mindestens 42 Millionen Euro auszugehen. Fertigstellung laut Behns Berechnung ist „nicht vor 2020“.

Ende November/Anfang Dezember 2010 stellten die Planer unter der Regie des Regierungspräsidiums drei Tage lang ihre Ideen vor. Bei diesem „Erörterungstermin“ wurden 220 Einzeleinwendungen sowie weitere Sammeleinwendungen durch Listenunterschrift der beiden Bürgerinitiativen „Umgehung so nicht“ und „IG zur Erhaltung der Usinger Landschaft“ besprochen. Im Ergebnis sind die Straßenplaner vom RP aufgefordert, ihre Planungen vor allem der Kreuzungen (Kreisel statt langgezogene Zu- und Abfahrten) sowie den Flächenverbrauch zulasten der Landwirtschaft insgesamt zu überarbeiten. Das dauert offenbar.

Mitte September 2011 hieß es vom Amt für Straßen- und Verkehrswesen Frankfurt, dass nach Umplanungen „voraussichtlich im Sommer 2012 eine erneute Offenlegung stattfinden“ werde. Sollte eine Erörterung notwendig werden, werde das im Herbst 2012 erfolgen.

Inzwischen gibt es eine Änderung der Zuständigkeit. Im Zuge einer Organisationsreform wurde das bisher zuständige Amt für Straßen- und Verkehrswesen Frankfurt (ASV Frankfurt) zum 31. Dezember 2011 aufgelöst und wurden laut Henry Behn alle Unterlagen der Ortsumgehung Usingen an die Hessische Straßen- und Verkehrsverwaltung (HSVV) in Wiesbaden, die sich seit 1. Januar Hessen Mobil - Straßen- und Verkehrsmanagement“ (kurz Hessen-Mobil) nennt, überstellt. „Hessen-Mobil“ ist jetzt oberste Landesbehörde.



Das war Anfang Dezember 2010: Umgehungskritiker wie Henry Behn (hinten) kommen im Erörterungsverfahren in der Usinger Stadthalle zu Wort. Seither hat sich nicht viel getan. Foto: Archiv

Im Bundesverkehrswegeplan (BVWP 2003) als Investitions-Rahmenplan und Planungsinstrument zur Ermittlung der erforderlichen Finanzmittel für 15 Jahre ist die Usinger Umgehung als „vordringlicher Bedarf“ (VB) unter der Nummer BVWP-Nr. HE8196 zu finden. Zurzeit findet in Berlin die Überprüfung des laufenden und Neuaufstellung des neuen ab 2015 geltenden BVWP statt.

Die Straßenbauverwaltungen der Bundesländer planen, bauen und betreiben in sogenannter Auftragsverwaltung für den Bund die Straßenprojekte. Es besteht sogar eine Pflicht zur Planung für Projekte des „Vordringlichen Bedarfs“.

Und die Finanzen ?

Seit dem 15. Dezember 2011 liegt der Entwurf des neuen Investitionsrahmenplans (IRP) 2011-2015 des Verkehrsministeriums vor. Die Ortsumgehung Usingen wurde in die Kategorie D eingestuft „Vorhaben, die sich überwiegend in frühen Planungsphasen befinden. (z.B.: Vorentwurf. Vorentwurf genehmigt, Linienbestimmung) deren Planung aber weiter vorangetrieben beziehungsweise abgeschlossen werden soll.“. Hier findet sich der Hinweis für die Terminplanung: „Mit diesen Projekten kann in der Regel erst nach 2015 begonnen werden.“

Für den Bau der Ortsumgehung Usingen ist ein rechtskräftiger Planfeststellungsbeschluss des hessischen Verkehrsministeriums unbedingt erforderlich. Mit ihm ist aber nicht vor 2014 zu rechnen, hat Planungskritiker Behn errechnet.

Erst wenn dann das Projekt abgestimmt zwischen Bund und Land im Straßenbauplan des jährlichen Bundeshaushalts des Bundesfinanzministeriums eingestellt ist, kann der Bau begonnen werden. Die Gesamtbaukosten für die Usinger Umgehung sind im Verkehrswegeplan für das Jahr 2001 mit 27,9 Millionen Euro angesetzt. Henry Behn hat das Vorhaben mit anderen Projekten verglichen und geht davon aus, dass 2015 mindestens 42 Millionen Euro anstehen.

Mit der grundsätzlichen Frage nach dem Stand der Planung im Bundesverkehrsministerium beschäftigt sich der Hochtäunus-Bundestagsabgeordnete Dr. Stefan Ruppert (FDP). Denn Verkehrsminister Ramsauer hatte ja in der Diskussion um Mittelknappheit und Pkw-Maut im September mit seinem Haushalt „substanzerhaltende Maßnahmen vor Neubau“ angekündigt. Was das für Usingen bedeutet, das will Ruppert in den nächsten Wochen in einem Gespräch mit Verkehrs-Staatssekretär Jan Mücke (FDP) klären.

Nach Behns Einschätzung folgen der Planfeststellung mögliche zeitaufwendige gerichtliche Auseinandersetzungen, die Erstellung der Leistungsverzeichnisse und die anschließenden

Auftragsvergaben an Baufirmen. „Bei einer angenommenen Bauzeit von vier Jahren ist heute mit einer Fertigstellung nicht vor 2020 zu rechnen.“ Für den Usinger Bürger gibt es nur „eine geringe Möglichkeit, den Ablauf bis zur Ausführung zu verkürzen; das setzt jedoch äußerst starke politische Arbeit aller Usinger Parteien voraus“.

© Usinger Anzeiger 2012

Alle Rechte vorbehalten | Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Usinger Anzeiger